

Forderungen an die Politik

Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie Künstlerinnen und Künstler

Vor der Bundestagswahl hat der BBK-Bundesverband Fragen an die Politik gerichtet, um die Bereitschaft der Parteien zu klären, sich für eine wirksame Verbesserung der Situation von Künstler*innen in der nächsten Legislaturperiode einzusetzen. Fragen und Forderungen von BBK-Bundesverband und Landesverbänden dokumentieren wir nachfolgend.

Künstlerisches Einkommen

Unterstützen Sie, in Förderrichtlinien der öffentlichen Hand die faire Vergütung aller künstlerischen Leistungen verbindlich zu verankern? Setzen Sie sich für die Verankerung eines entsprechenden Anspruchs im Urheberrechtsgesetz ein?

Grundsätzlich sind – wie dies in allen anderen Kunstsparten selbstverständlich ist – alle Leistungen von Künstler*innen zu vergüten. Das gilt auch im Rahmen von Ausstellungen, da es sich um die Nutzung geistigen Eigentums Bildender Künstler*innen handelt.

- × Veröffentlichung der Empfehlung des Bundes an die von ihm geförderten Häuser, künstlerische Leistungen angemessen zu vergüten, als gutes Beispiel
- × Verankerung der Verpflichtung zur angemessenen Vergütung künstlerischer Leistungen in den Förderrichtlinien, über die der Bund Ausstellungsprojekte fördert, sei es direkt oder über Einrichtungen wie z. B. die Kulturstiftung des Bundes. Entsprechende finanzielle Ausstattung der Einrichtungen
- × Schaffung eines Fonds zur Finanzierung von Ausstellungsvergütungen – sowohl für vom Bund kofinanzierte Ausstellungen als auch Ausstellungen anderer Träger
- × Unterstützung einer Gesetzesinitiative zur Verankerung des Anspruchs auf Ausstellungsvergütung im Urheberrechtsgesetz als langfristiges Ziel

Soziale Sicherung

Treten Sie für Erhalt und Stärkung der Künstlersozialkasse ein? Befürworten Sie die Stabilisierung eines niedrigen KSK-Abgabensatzes, ggf. auch durch Erhöhung des Bundeszuschusses? Befürworten Sie die Einführung einer Einkommensausfallversicherung für Künstler*innen (und andere Soloselbständige) analog zur Arbeitslosenversicherung? Treten Sie dafür ein, für die Krankenversicherung Selbständiger das reale Einkommen als Beitragsbemessungsgrundlage heranzuziehen?

Künstlersozialversicherung

- × Mindesteinkommensgrenze: Begrüßenswert ist, dass die KSK in den Corona-Jahren 2020 und 2021 die Unterschreitung der Mindesteinkommensgrenze von 3.901 Euro nicht berücksichtigt. Dies muss aber auch unabhängig davon gelten, ob die/der Versicherte diese bereits in den Kalenderjahren vor 2020 mehr als zweimal unterschritten hat.

- × Nebenverdienstgrenze:
 - ▷ Auch für das Jahr 2022 ist eine Regelung zu treffen, nach der die Überschreitung der Nebenverdienstgrenze von jährlich 5.400 Euro unschädlich für die Versicherung über die KSK ist
 - ▷ Heranziehung realer Einkommen als Beitragsbemessungsgrundlage

Grundsicherung (ALG II)

- × Dauerhafter Erhalt des erleichterten Zugangs zur Grundsicherung für Selbständige
- × Radikale Reformen, z. B. bei der Berücksichtigung von Bedarfsgemeinschaften, dem Erhalt der Selbständigkeit u. a.

Altersvorsorge und Rentenversicherung

Befürworten Sie die Einbeziehung Selbständiger, die nicht über die KSK rentenversichert sind, in die gesetzliche Rentenversicherung? Wenn ja, verpflichtend? Sind Sie für eine Nachschärfung des Gesetzes zur Einführung der Grundrente, mit der das erforderliche Mindesteinkommen abgesenkt wird?

- × Einbeziehung Selbständiger in die gesetzliche Rentenversicherung
- × Nachbesserung des Gesetzes zur Einführung der Grundrente: Senkung der Mindesteinkommensgrenze
- × Sicherung der Anerkennung von Familienarbeitszeiten in der Altersvorsorge

Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit

Welche Initiativen planen Sie zur Überwindung des Gender-Pay-GAP?

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

- × Förderung von Aufenthaltsstipendien mit Kinderbetreuung
- × Förderung von Präsenz- vor- Ort-Stipendien, die künstlerisches Schaffen in gewohnter Infrastruktur ermöglichen
- × Anerkennung der Förderfähigkeit von Kinderbetreuungskosten
- × Förderung des Wiedereinstiegs nach familienbedingter Auszeit (z. B. wegen Eltern- und/oder Pflegezeit)

Instrumente zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit in Ausstellungen und Wettbewerben

- × 50/50-Quotenregelung für Gremien, Jurys und Auswahlkommissionen, die über öffentlich (durch Bund, Länder oder Kommunen) geförderte Preise, Stipendien und Wettbewerbsaufträge entscheiden
- × Einführung einer Quotenregelung mit dem Ziel einer paritätischen Vergabe öffentlich geförderter Preise, Stipendien und Ankäufe

- × Gleiches Honorar für gleiche Leistungen – Gleichbehandlung bei der Vergütung künstlerischer Leistungen (z. B. Ausstellungsvergütung)
- × Anonymisierte Wettbewerbsverfahren
- × Neuauflage des Gabriele Münter Preises für Künstlerinnen ab 40 Jahre
- × Auslobung weiterer Preise, Stipendien, Atelierprogramme für Künstlerinnen

Geschlechtergerechte Werkpräsenz und Kunstgeschichtsschreibung

- × Förderung von Projekten zur Erforschung von Kunst von Frauen
- × Verpflichtung öffentlich geförderter Museen zur Bestandsaufnahme über Werke von Künstlerinnen
- × Förderung der Präsentation von in Depots verborgener Kunst von Frauen

Ausbildung

- × Mentoringprogramm für Künstlerinnen
- × Aufnahme von Lehrinhalten zur Vorbereitung auf den Beruf Künstlerin in die Curricula der Kunstakademien
- × 50/50-Quotierung der Auswahlgremien zur Besetzung von Professuren an Kunstakademien
- × Einführung einer Quotenregelung mit dem Ziel einer paritätischen Besetzung von Professuren an Kunstakademien

Kunstförderung

Wie wollen Sie sich für Erhalt und Sicherung der kulturellen Vielfalt und Infrastruktur im gesamten Land einsetzen? Unterstützen Sie die Etaaufstockung bewährter Förderstrukturen wie z. B. Stiftung Kunstfonds? Befürworten Sie eine Neuauflage von »Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung« ab 2023? Mit welchen Initiativen setzen Sie sich dafür ein, dass Urheberrechte entsprechend der aktuellen Gesetzgebung zur Umsetzung der DSM-Richtlinie tatsächlich gewahrt werden? Mit welchen konkreten Maßnahmen soll die Verantwortung der großen Plattformen für die Wahrung von Urheberrechten umgesetzt werden?

Ankaufsförderung

- × Dauerhafte Beibehaltung der Erhöhung des Fonds für Ankaufe zeitgenössischer Kunst durch den Bund
- × Anteilige Ankäufe des Bundes auch im mittleren Preissegment, d. h. im Bereich um 20.000 Euro
- × Fokus der Ankaufsförderung auf die jüngere Generation und auf Künstler*innen mit erfolgreicher künstlerischer Praxis, ohne dass sie Teil des überhitzten Kunstmarkts sind
- × Berücksichtigung einer gendergerechten Quote

Direkte Förderung künstlerischen Schaffens über die Stiftung Kunstfonds

- × Aufstockung des Fördervolumens für Stipendienprogramme und Projekt- und Ausstellungsförderung, wobei letztere zwingend die Vergütung der künstlerischen Leistungen auch des antragstellenden Kunstschaffenden implizieren muss
- × Aufstockung der Katalogförderung
- × Förderung von Künstler*innen-Online-Präsentationen
- × Neuer Fokus auf ältere Generation und auf die Generation der Berufseinsteiger*innen

Steuergesetzgebung

- × Ermäßigte MwSt. für Künstlerische Fotografie, Licht- und Medienkunst
- × Ermäßigte MwSt. für den Kunsthandel
- × Steuerfreibetrag von 20.000 Euro für Private bei Kunstkäufen

Urheberrecht

- × DSM-Richtlinie: Umsetzung der sog. Plattformhaftung und Lizenzierung durch Verwertungsgesellschaften
- × Die Grenze für »geringfügige Nutzung« ist wesentlich zu senken (im Moment bei 125 KB pro Bild deutlich zu hoch).
- × Verankerung des Anspruchs auf Ausstellungsvergütung im Urheberrechtsgesetz

Kunst am Bau, Stadtentwicklung und Wohnungsbau

- × Verbindliche Kunst am Bau bei allen öffentlich geförderten Bauwerken
- × Regelung eines festen Anteils an Atelier- und anderen Kunstarbeits- und präsentationsräumen bei Stadtumbau und -entwicklung zur Schaffung urbaner Räume
- × Anreize zum Eigentumsaufbau von Bildenden Künstler*innen für Atelier und Wohnraum

Kulturelles Erbe

Setzen Sie sich dafür ein, in allen Bundesländern sowohl Werkdatenbanken als auch Depots bzw. Archive zum Erhalt und zur Sichtbarmachung des bildkünstlerischen kulturellen Erbes zu fördern? Wie wollen Sie der insbesondere durch die Pandemiefolgen offenbar gewordenen besonderen Rolle von Kunst und Kultur für den Zusammenhalt der Gesellschaft Rechnung tragen? Gehören dazu auch die Schaffung eines Bundeskulturministeriums und die Verankerung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz?

Künstlernachlässe

- × Förderung der Erstellung und der dauerhaften Pflege von Werkdatenbanken in allen Bundesländern, auch als Medium künstlerischer Sichtbarkeit jenseits von Ausstellungen
- × Schaffung eines Förderprogramms, mit dem regionale Archive und Depots bei der Bewahrung des Kernbestands künstlerischer Nachlässe unterstützt werden, ggf. auch kofinanziert von Bund, Ländern oder Kommunen

Kunsthfreiheit und kulturelle Vielfalt

- × Staatsziel Kultur ins Grundgesetz
- × Verankerung von Kultur als Pflichtaufgabe
- × Schaffung eines Bundeskulturministeriums
- × Interdisziplinärer Brückenschlag zwischen Kunst und Wissenschaft durch einen Förderfonds für längere und nachhaltige künstlerische Forschung für Zeiträume von ca. 3-5 Jahren
- × Strukturelle Stärkung der Fachverbände, die mit ihrer Expertise die Interessen Bildender Künstler*innen in Deutschland gebündelt vertreten und mit ihrer Arbeit im Bund, in Ländern und Kommunen oft spartenübergreifend kulturpolitisch unverzichtbare Aufgaben übernehmen.

BBK-Bundesverband